Methodik ZR**Referendarsklausur**

Prof. Dr. Arndt Kiehle*

Drei berichtigende Worte des Bundesgerichtshofs?

DOI 10.1515/jura-2016-0281

SACHVERHALT

Grundfall: A hat seinem Freund B 20 € geliehen, die dieser ihm bei nächster Gelegenheit zurückgeben soll. A bittet B nun darum, statt der Rückzahlung an ihn selbst 20 € bar an C zu zahlen, von der A seinerseits das kleine Büchlein »Die Werthlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft« von Kirchmann bekommen hat, nachdem er C versprochen hatte, ihr dafür später 20 € zu zahlen. Da B mit dem Vorschlag seines Freundes A einverstanden ist, ohne dass er auch nur gefragt hätte, warum A der C etwas schulden sollte, kündigt A der C an, er werde demnächst B mit dem Geld schicken. A besinnt sich jedoch bald eines Besseren und sagt zu B, er solle doch nur 10 € an C zahlen. B vergisst die Äußerung des A und gibt der C mit der Bemerkung, er wolle mit seinem eigenen Geld im Auftrag des A für diesen zahlen, einen 20 €-Schein, den C dankend an sich nimmt.

Sowohl A als auch B verlangen von C 10 € heraus; A fordert von B außerdem Zahlung von 10 €, weil B ihm seinen Kredit immer noch nicht vollständig zurückgezahlt und außerdem seine Anweisungen missachtet habe. Zu Recht?

Abwandlung: A bedient sich nicht seines anders als im Grundfall überhaupt nicht an den Geschehnissen beteiligten Freundes B, sondern seiner Bank B2 als Gehilfin. Als C daran erinnert, dass A den Preis für »Die Werthlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft« noch nicht bezahlt hat, verspricht A ihr telefonisch, das Geld bis zum 2.7. zu überweisen. Er gibt am 20.6. bei seiner Bank B2 eine Terminüberweisung in Auftrag: B2 soll am 1.7. 20 € dem Konto der C gutschreiben lassen. Am 22.6. teilt A der B2 jedoch mit,

sie solle der C nicht 20 €, sondern nur 10 € zukommen lassen. B2 übersieht diese Mitteilung, als sie dafür sorgt, dass die Hausbank D der C, bei der diese ihr Konto unterhält, der C 20 € gutschreibt.

B2 verlangt von C 10 €, als sie ihren Fehler bemerkt; C entgegnet, sie habe auf die Versprechungen des A vertraut, der zu den Vorgängen nur noch schweigt. Als C darauf hinweist, dass auch Rechtsprechung und rechtswissenschaftliche Literatur in derartigen Fällen ein Vertrauen wie das ihrige für schutzwürdig erklärt hätten, entgegnet ihr die mittlerweile von B2 beauftragte Rechtsanwältin R, Kirchmann habe schon 1848 in seiner Schrift auf S. 23 die Wahrheit ausgesprochen: »Indem die Wissenschaft das zufällige zu ihrem Gegenstande macht, wird sie selbst zur Zufälligkeit; drei berichtigende Worte des Gesetzgebers und ganze Bibliotheken werden zu Makulatur.« Wie ein neues Gesetz könne auch ein neues Urteil des BGH die ganze Wissenschaft hinfällig machen. Steht B2 der geltend gemachte Anspruch zu?

Bearbeitungshinweis: §§ 675j, 675p, 675u und 675z BGB dienen der Umsetzung des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie (Richtlinie 2007/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt).

Erwägungsgrund 47 dieser Richtlinie besagt u.a.: »Diese Richtlinie sollte nur die vertraglichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten zwischen dem Zahlungsdienstnutzer und seinem Zahlungsdienstleister zum Gegenstand haben.«

Die Bundesregierung begründete ihren Entwurf einer mit dem späteren § 675u BGB wörtlich übereinstimmenden Norm folgendermaßen (BT-Ds 16/11643, S. 113): »Dies entspricht bereits der Rechtslage in Deutschland, wonach im Falle einer nicht autorisierten Zahlung, also ohne wirksame Weisung ..., kein Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters gegen seinen Zahlungsdienstnutzer entsteht. ... Ansprüche des Zahlungsdienstnutzers, die auf dieselben Rechtsfolgen wie der Anspruch aus § 675u BGB ... gerichtet sind, wie etwa aus ungerechtfertigter Bereicherung, bestehen daneben nicht ...«

Anmerkung: (Stichworte: Bereicherungsausgleich nach geänderter Anweisung, Tilgungsbestimmung, Erklärungsbote, Bereicherungsausgleich nach nicht autorisierter Zahlung, historische und teleologische Auslegung)

***Kontaktperson:** Arndt Kiehle, der Autor ist Professor für Bürgerliches Recht, Deutsche und Europäische Rechtsgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

LÖSUNGSVORSCHLAG

I. Grundfall

1. Anspruch des A gegen C auf Herausgabe von 10 € gemäß § 812 I 1 Var. 1 BGB

a) Etwas erlangt

C hat durch die Einigung mit B, der insoweit im eigenen Namen handelte, und die Übergabe des Geldscheins gemäß § 929 S. 1 BGB Eigentum am Geldschein erlangt.

b) Durch Leistung

Sie müsste das Eigentum und den durch die Übergabe zugleich erlangten unmittelbaren Besitz durch eine Leistung des A erlangt haben. Versteht man unter Leistung eine bewusste und zweckgerichtete Mehrung fremden Vermögens, so ist zu klären, ob die Übereignung durch B dem A so zugerechnet werden kann, dass sich sagen lässt, A habe das Vermögen der C mittels der Übereignung bewusst und zweckgerichtet gemehrt.

Das Bereicherungsrecht hat sich schon zur Vermeidung von Wertungswidersprüchen am Recht der Erfüllung zu orientieren, wenn es um die Prüfung geht, ob jemand an einen anderen geleistet hat. Hier kommt einerseits eine Leistung durch den Schuldner A selbst unter Zuhilfenahme des B als seines Erfüllungsgehilfen (vgl. § 278), andererseits eine Leistung durch B als Dritten i.S.d. § 267 in Betracht. Weder B noch C verstehen die Übereignung so, dass B mit ihr gegenüber C einen Zweck verfolgen würde. Vielmehr macht sich B keine Gedanken darüber, ob A der C etwas schuldet, und möchte sich in die Beziehungen zwischen beiden nicht einmischen, sondern lediglich dem A helfen, in dessen Auftrag zu handeln er angibt. B hat also keinen Fremdtilgungswillen. C vertraut darauf, dass A seine Schulden begleichen möchte, ohne zu erwägen, dass der von A geschickte B daran ein eigenes Interesse haben könnte. Unter diesen Umständen spricht mehr dafür, das Verhalten des B nicht so zu interpretieren, dass er durch eine Erklärung im eigenen Namen einen Bezug zwischen der Übereignung und dem zwischen A und C geschlossenen Kaufvertrag und der sich aus diesem ergebenden Kaufpreisforderung herstellt. Ohne eigene Tilgungsbestimmung ist weder von einer Drittleistung durch B gemäß § 267¹

noch von einer Leistung des B i.S.d. § 812 auszugehen.

Indem B der als Bitte formulierten Anweisung des A folgt, wird er mit Wissen und Willen des A als dessen Gehilfe zwecks Erfüllung tätig. Auch beim Einsatz von Erfüllungsgehilfen tritt Erfüllung nach § 362 aber nur ein, wenn ein Bezug zwischen der Handlung des Gehilfen und der Verbindlichkeit des Schuldners hergestellt worden ist. A hat der C erklärt, er werde den B zwecks Erfüllung seiner Kaufpreisschuld zu ihr schicken. Damit könnte er ihr gegenüber bereits eine Tilgungsbestimmung erklärt haben. Im Rahmen des § 366 ist trotz des Wortlauts der Norm (»bei der Leistung«) anerkannt, dass der Schuldner eine Tilgungsbestimmung auch schon vor Erbringung der Leistungshandlung erklären kann.² Gerade bei der Erfüllung durch Gehilfen würde es dem praktischen Bedürfnis nach möglichst einfacher Vertragsdurchführung widersprechen, wenn der Schuldner seine Tilgungsbestimmung bei Vornahme der Leistungshandlung durch den Gehilfen erneut durch diesen als seinen Erklärungsboten überbringen lassen müsste. Darauf, ob B die Tilgungsbestimmung des A überhaupt und gegebenenfalls auch richtig an C übermittelt hat, kommt es wegen der der C bereits zuvor zugegangenen wirksamen antizipierten Tilgungsbestimmung des A also nicht an.³ Allenfalls könnte die Tilgungsbestimmung nach ihrem Wirksamwerden wieder unwirksam geworden sein, so dass das Verhalten des B dem A nur als Leistung zugerechnet werden dürfte, sofern B eine Tilgungsbestimmung des A als Erklärungsbote übermittelt oder im Namen des A für diesen eine Tilgungsbestimmung

2016, Rn. 223; BeckOGK/Krafka, § 267, Rn. 15 (Stand 1.6.2016); Reuter/Martinek, Ungerechtfertigte Bereicherung, 2. Teilband, 2. Auflage 2016, S. 120.

2 BeckOGK/Looschelders, § 366, Rn. 54 (Stand 1.7.2016); allgemeiner ausführlich und mwN Beck, Die Zuordnungsbestimmung im Rahmen der Leistung, 2008, S. 314 ff. In der Rechtsprechung des BGH finden sich schwer miteinander zu vereinbarende obiter dicta. So ließe sich BGHZ 140, 391, 394 als Ablehnung einer antizipierten Tilgungsbestimmung lesen: »... der Wortlaut des § 366 Abs. 1 BGB lässt erkennen, daß die Befugnis zur Tilgungsbestimmung nur dem Schuldner zustehen soll, der zur Erfüllung seiner Pflicht tätig wird, wobei der Zeitpunkt der Ausübung grundsätzlich mit dem Zeitpunkt dieser Tätigkeit (bei der Leistung) übereinstimmen muß.« BGH NJW-RR 2009, 1053, 1058, Rn. 46, scheint die antizipierte Tilgungsbestimmung hingegen zu billigen: »Eine Tilgungsbestimmung ... muss aber grundsätzlich – spätestens – ,bei der Leistung‘ getroffen werden.«

3 Auf die Möglichkeit einer »antizipierten Tilgungsbestimmung«, die »der Anweisende [selbst] im Voraus gegenüber dem Zahlungsempfänger ... im eigenen Namen abgibt«, weist auch Müller, WM 2016, 809, 814 f., hin. Thomale, Leistung als Freiheit, 2012, S. 325 ff., hält eine antizipierte Tilgungsbestimmung für denkbar, lehnt eine entsprechende Auslegung der Ankündigung des Anweisenden gegenüber dem späteren Zuwendungsempfänger im Zweifel aber ab.

1 Zum Erfordernis des zum Ausdruck gebrachten Fremdtilgungswillens vgl. Looschelders, Schuldrecht Allgemeiner Teil, 14. Auflage

erklärt.⁴ Auch die Tilgungsbestimmung ist jedoch wie prinzipiell jede Willenserklärung nach ihrem Wirksamwerden bindend und nicht frei widerruflich.⁵ Eine denkbare Anfechtung der Tilgungsbestimmung hat A nicht erklärt; außerdem läge auch kein Anfechtungsgrund vor.

Hilfsweise ist zu prüfen, ob sich die Rechtslage anders darstellen würde, wenn man eine wirksame antizipierte Tilgungsbestimmung des A ablehnen sollte. B hat mit seiner Bemerkung, er zahle im Auftrag des A, als Erklärungsbote eine Tilgungsbestimmung des A überbracht. Dass B die Erklärung übermittelt, A wolle 20 € leisten, obwohl dieser ihn mittlerweile angewiesen hat, nur 10 € zu übereignen, würde A grundsätzlich zur Anfechtung der falsch übermittelten Erklärung gemäß oder zumindest, wenn man die Tilgungsbestimmung nicht als Willenserklärung, sondern nur als geschäftsähnliche Handlung einordnet, analog § 120 berechtigen. Eine Anfechtung wäre allerdings auch erforderlich, denn der Fall, dass der Erklärende den Inhalt seiner zu übermittelnden Erklärung nachträglich durch Weisung an den Boten ändert, kann nicht der Situation gleichgestellt werden, in der der Erklärende den Boten nachträglich anweist, gar nichts zu übermitteln, was zur Folge hat, dass eine vom Boten dennoch übermittelte Erklärung den Erklärenden von vornherein nicht bindet, der Erklärende also nicht anzufechten braucht.⁶ Aufgrund der an C gerichteten Ankündigung des A, er werde B mit dem Geld schicken, könnte das Anfechtungsrecht jedoch ausgeschlossen sein. Wer einem Dritten mitteilt, sein Bote werde eine bestimmte Erklärung übermitteln, darf, wenn der Bote dies tut, nicht besser gestellt werden als derjenige, der einem Dritten gegenüber seinem Vertreter Vollmacht erteilt hat, von der der Vertreter später dem Dritten gegenüber Gebrauch macht. In den seltenen Fällen einer »Außenbotenmacht«⁷ ist analog zur für die Außenvollmacht in

§ 170 vorgesehenen Regelung die Botenmacht also zugunsten des redlichen (vgl. § 173) Dritten solange als fortbestehend zu betrachten, wie er das Erlöschen der Botenmacht weder vom Botenmachtgeber erfahren hat noch es aus anderen Gründen kennt oder kennen muss.⁸ Da C vom »Innenwiderruf« gegenüber B nichts wissen konnte, gilt die Botenmacht zu ihren Gunsten im ursprünglichen Umfang fort.

A hat Besitz und Eigentum an dem 20-€-Schein an C geleistet.

c) Ohne Rechtsgrund

Aus dem wirksamen Kaufvertrag zwischen A und C ergibt sich in Verbindung mit der Tilgungsbestimmung des A ein Rechtsgrund für die Leistung, denn A war objektiv zu dieser Leistung verpflichtet und hat den subjektiv bezweckten Erfüllungserfolg herbeigeführt.

d) Ergebnis

A steht gegen C eine Leistungskondition nicht zu.

2. Anspruch des B gegen C auf Herausgabe von 10 € gemäß § 812 I 1 Var. 2

B hat wie gezeigt nicht an C geleistet, so dass eine Nichtleistungskondition zu prüfen ist.

a) Etwas in sonstiger Weise erlangt

C hat Besitz und Eigentum an dem Geldschein erlangt. Das beruht jedoch wie gesehen auf einer Leistung des A. Legt man § 812 I 1 so aus, dass jemand etwas in sonstiger Weise

⁴ Stellvertretung und Botenschaft vermischt in unzulässiger Weise, wie BeckOGK/Krafka, § 267, Rn. 14 (Stand 1.6.2016), davon spricht, dass jemand im Auftrag des Schuldners »lediglich dessen Tilgungsbestimmung als Vertreter (überbringt)«. Der Erklärungsbote übermittelt eine fremde Willenserklärung, der Stellvertreter gibt mit Wirkung für den Vertretenen eine eigene Willenserklärung ab.

⁵ BeckOGK/Looschelders, § 366, Rn. 54 (Stand 1.7.2016). Einschränkung zur Bindungswirkung Beck, Die Zuordnungsbestimmung im Rahmen der Leistung, 2008, S. 316: bis zur tatsächlichen Zuwendung könne der Schuldner die »vorweggenommene Tilgungsbestimmung« frei widerrufen. Im Fall hat A gegenüber C auch nicht widerrufen.

⁶ Zum (vollständigen) Widerruf der Botenmacht vgl. BGH NJW 2008, 2702, 2704 f.; Staudinger/Singer, § 120, Rn. 3, Bearbeitung 2012; Kiehne, RabelsZ 75 (2011), 317, 329 f., mwN in Fn. 76; Reuter/Martinek, Ungerechtfertigte Bereicherung, 2. Teilband, 2. Auflage 2016, S. 72.

⁷ Vgl. Reuter/Martinek, Ungerechtfertigte Bereicherung, 2. Teilband, 2. Auflage 2016, S. 9 f: eine »unmittelbar gegenüber dem Zuwen-

dungsempfänger« erklärte Tilgungsbestimmung des Leistenden sei »nicht mehr als ... die Erteilung externer Boten- bzw. Vollmacht für den Zuwendenden.« Auch gegen eine solche Auslegung der Ankündigung des Anweisenden gegenüber dem späteren Zuwendungsempfänger im Zweifel aber Thomale, Leistung als Freiheit, 2012, S. 327 f.; der Ankündigung soll man demnach überhaupt »keinen rechtsverbindlichen Inhalt ... entnehmen.«

⁸ Vgl. zu einer möglichen Analogie zu § 170 in derartigen Konstellationen Kiehne, JURA 2009, 604, 611; ders., VersR 2008, 1606, 1609, mwN in Fn. 33. Allgemein zur »Anscheinsbotenmacht« auch Reuter/Martinek, Ungerechtfertigte Bereicherung, 2. Teilband, 2. Auflage 2016, S. 72 f.; Larenz/Canaris, Lehrbuch des Schuldrechts, Zweiter Band, 2. Halbband, 13. Auflage 1994, S. 230.

nur dann erlangt hat, wenn es ihm von niemandem geleistet worden ist, wäre eine Nichtleistungskondition des B schon deshalb ausgeschlossen, weil eine Leistung des A vorliegt. Bei einem derart formalen Begründungsansatz darf man aber nicht stehen bleiben und sich deshalb auch nicht mit dem zudem gesetzesfernen Satz, die Nichtleistungskondition sei im Verhältnis zu Leistungen subsidiär, begnügen.⁹ Vorzugswürdig erscheint es daher, eine Bereicherung in sonstiger Weise immer schon dann zu bejahen, wenn das Erlangte nicht vom jetzt Kondizierenden an den Empfänger geleistet worden ist.

b) Auf Kosten des B

B war vor der Übereignung und Übergabe an C Eigentümer und Besitzer. Er hat das ihm zugewiesene Eigentum durch die Übereignung verloren. C hat Eigentum und Besitz somit auf seine Kosten erlangt.

c) Ohne Rechtsgrund

Möglicherweise liegt für die Bereicherung der C im Verhältnis zu B aber ein Rechtsgrund vor. Wirksame Verfügungen können einen die Nichtleistungskondition ausschließenden Rechtsgrund in sich tragen.¹⁰ Hätte B an A und A an C gezahlt, könnte B keine Nichtleistungskondition gegen C geltend machen, denn C hätte dann nach der wirksamen Übereignung des B an A nichts auf Kosten des B, sondern lediglich etwas auf Kosten des A erlangt. Die vereinfachte abgekürzte Zahlung direkt von B an C sollte im Ergebnis möglichst gleich behandelt werden.¹¹ Die an Stelle der Übereignung von B an A tretende direkte Übereignung von B an C ist mit Rechtsgrund erfolgt.

⁹ Vgl. zu unterschiedlichen Formulierungen und zu Einschränkungen des »Vorrangs der Leistung gegenüber den Nichtleistungskonditionen« Medicus/Petersen, Bürgerliches Recht, 25. Auflage 2015, Rn. 727–730; Reuter/Martinek, Ungerechtfertigte Bereicherung, 2. Teilband, 2. Auflage 2016, S. 24 ff.

¹⁰ Larenz/Canaris, Lehrbuch des Schuldrechts, Zweiter Band, 2. Halbband, 13. Auflage 1994, S. 139 f., 144 f., 203 f., 216.

¹¹ Vgl. zum Modellcharakter der »Lieferungskette« für die »Anweisungslagen« Larenz/Canaris, Lehrbuch des Schuldrechts, Zweiter Band, 2. Halbband, 13. Auflage 1994, S. 201 f., 246.

d) Überprüfung des Ergebnisses unter Wertungsgesichtspunkten

Für die Lösung bereicherungsrechtlicher Mehrpersonenverhältnisse ist anerkannt, dass sie sich an drei Kriterien überprüfen lassen muss:

»Den Parteien des fehlerhaften Kausalverhältnisses sollen möglichst ihre Einwendungen und Einreden gegen den anderen Teil erhalten bleiben;

umgekehrt sollen die Parteien vor Einwendungen aus dem Verhältnis ihres Vertragspartners zu einem Dritten ... bewahrt werden;

jede Partei soll das und nur das Konkursrisiko [heute: Insolvenzrisiko] hinsichtlich ihres Partners in dem fehlerhaften Kausalverhältnis tragen.«¹²

Dürfte B gegen C mit der Nichtleistungskondition vorgehen, könnte sich C ihm gegenüber nicht mit Erfolg auf ihren Kaufpreiszahlungsanspruch gegen A berufen. Ihr würden also alle Einreden aus dem Verhältnis zu ihrem Vertragspartner genommen. Im wirksamen Kaufvertrag zwischen A und C einen die Nichtleistungskondition des B ausschließenden Rechtsgrund sehen zu wollen, überzeugt nicht, weil B dann bei Unwirksamkeit des Kaufvertrages bei C kondizieren können müsste, C also zwei Konditionen mit demselben Inhalt ausgesetzt wäre und immer noch ihre Einreden gegen A verlöre. Ferner widerspräche es der Relativität der Schuldverhältnisse, eine Forderung der C gegen A als Rechtsgrund einer auf Kosten des B erlangten Bereicherung anzuerkennen, denn auch B darf nicht mit Einreden aus Verträgen, an denen er selbst nicht beteiligt ist, konfrontiert werden.

B hat wegen der durch die Übereignung des 20 €-Scheins an C herbeigeführten Erfüllung der Kaufpreisschuld möglicherweise Ansprüche gegen A (dazu sogleich unten 3). Stünde ihm daneben eine Nichtleistungskondition gegen C zu, würde sein durch den Abschluss eines Auftragsvertrages (§ 662) mit A übernommenes Risiko, mit Ansprüchen gegen A in dessen Insolvenz auszufallen, ohne sachlichen Grund abgemildert. Andererseits geht es nicht an, B generell auf Ansprüche gegen C zu verweisen, deren Solvenz zu prüfen er keinen Anlass hatte, weil er mit ihr nicht in schuldrechtliche Beziehungen treten wollte. B können also Ansprüche gegen A ohne Prüfung der jeweiligen Anspruchsgrundlagen nicht nur mit dem Argument abgesprochen werden, er müsse sich an C halten.

¹² Larenz/Canaris, Lehrbuch des Schuldrechts, Zweiter Band, 2. Halbband, 13. Auflage 1994, S. 247; vgl. Medicus/Petersen, Bürgerliches Recht, 25. Auflage 2015, Rn. 667; Staake, Gesetzliche Schuldverhältnisse, 2014, § 5, Rn. 12; Wandt, Gesetzliche Schuldverhältnisse, 7. Auflage 2015, § 13, Rn. 4.

Die Ablehnung eines Anspruchs des B gegen C gemäß § 812 I 1 Var. 2 entspricht im Ergebnis den Interessen der Beteiligten, wohingegen die Bejahung einer solchen Forderung ihren Interessen zuwiderliefe.

e) Ergebnis

B hat keine Ansprüche gegen C.

3. Anspruch des A gegen B auf Rückzahlung von 10 € gemäß § 488 I 2 a. E.

a) Anspruch gemäß § 488 I 2 entstanden

Da das »geliehene« Geld bei nächster Gelegenheit zurückgegeben werden sollte, ist der Darlehensrückzahlungsanspruch bereits fällig. Die nach den Umständen anzunehmende Unverzinslichkeit steht der Einordnung als Gelddarlehen nicht entgegen; »einen geschuldeten Zins« i. S. d. § 488 I 2 gibt es bei (konkludent) vereinbarter Unentgeltlichkeit eben nicht. Einer Kündigung bedarf es trotz § 488 III nicht, denn die sofortige Rückzahlung ist vereinbart; eine Zeitbestimmung im Sinne einer Festlegung des Datums der Rückzahlung verlangt ungeachtet der nicht sehr klaren Fassung des Gesetzeswortlauts auch § 488 III 1 nicht.

b) Untergang des Anspruchs nach §§ 362 II, 185

B hat nicht an A gezahlt, so dass von einer Bewirkung der geschuldeten Leistung nach § 362 I nicht die Rede sein kann. Die Zahlung an C könnte aber zum Erlöschen der Rückzahlungsforderung nach §§ 362 II, 185 geführt haben. Das wäre der Fall, wenn eine wirksame Einwilligung des A in eine Leistung des B an C gemäß § 185 I i. V. m. § 362 II vorgelegen hätte. In der Bitte des A, B möge an C 20 € zahlen, liegt zugleich die Einwilligung, dass die Zahlung an C den B von seiner Schuld befreien soll. Die Einwilligung ist nach § 183 aber bis zur Leistung an den Dritten widerruflich. Die Anweisung, doch nur 10 € an C zu zahlen, ist als teilweiser Widerruf der Einwilligung auszulegen und erfolgte noch rechtzeitig. B ist also in Höhe von 10 € nicht nach §§ 362 II, 185 I befreit worden. Eine Genehmigung der Zahlung gemäß §§ 185 II, 362 II hat A nicht erklärt. Der Anspruch ist mangels weitergehender beachtlicher Zustimmung des A durch Leistung des B an C nur in Höhe von 10 € erloschen. Darauf, dass die Zahlung des B an C keine Leistung des B an C i. S. d. §§ 267, 812, in Höhe

von 10 € sehr wohl aber eine solche i. S. d. § 362 II sein könnte, was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen mag,¹³ braucht hier nicht eingegangen zu werden.

c) Aufrechnungsrecht des B

B kann eventuell aber nach § 387 mit einer eigenen Geldforderung gegen die Rückzahlungsforderung des A aufrechnen, was diese gemäß § 389 erlöschen ließe, sofern B die Aufrechnung erklärt (§ 388).

aa) Aufwendungsersatzanspruch gemäß § 670

Eine Forderung des B gegen A könnte sich aus § 670 ergeben. B opfert zwecks Ausführung des Auftrags das Eigentum an seinem 20 €-Schein (freiwillig¹⁴). B durfte die Zahlung an C nach der geänderten Weisung des A aber nicht mehr in Höhe von 20 €, sondern nur noch in Höhe von 10 € für eine erforderliche Aufwendung halten, wobei es keine Rolle spielt, ob man in der Äußerung des A gegenüber B nur eine Weisung (vgl. § 665) oder einen jederzeit zulässigen Teilwiderruf des Auftrags nach § 671 I sieht. Ein Aufwendungsersatzanspruch besteht, jedoch nur in Höhe von 10 €.

bb) Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag

Weiter ist zu prüfen, ob ein weitergehender Anspruch mit § 683 S. 1 oder § 684 S. 1 begründet werden kann. Gegen die Heranziehung der Bestimmungen zur Geschäftsführung ohne Auftrag spricht, dass B seine Pflichten aus dem Auftrag erfüllen wollte. Wenn ihm das nicht gelingt, weil eine entsprechende Verpflichtung in Wahrheit nach der erklärten Willensänderung des A gar nicht besteht, ist das durch eine Leistungskondition auszugleichen, die für die Abwicklung rechtsgrundlos erbrachter Leistungen der spe-

¹³ Vgl. Kiehle, JURA 2009, 604, 609, mwN in Fn. 45; Beck, Die Zuordnungsbestimmung im Rahmen der Leistung, 2008, S. 455 f.

¹⁴ Die verbreiteten Definitionen (siehe etwa Looschelders, Schuldrecht Allgemeiner Teil, 14. Auflage 2016, Rn. 281) der Aufwendung als eines freiwilligen Vermögensopfers und im Gegensatz dazu des Vermögensschadens als eines unfreiwilligen Vermögensopfers sind sprachlich unschön. Wer ein Opfer erbringt, tut das nach der eigentlichen (durch den ursprünglichen religiösen Sinn geprägten) Wortbedeutung (vgl. das Stichwort im Grimmschen Wörterbuch, online abrufbar unter <http://woerterbuchnetz.de/cgi-bin/WBNetz/genFOplu.s.tcl?sigle=DWB&lemid=GO01801>, abgerufen am 29.7.2016) stets freiwillig; unfreiwillig kann man selbst (von anderen) zum Opfer (gemacht) werden, aber unfreiwillig erlittene Vermögensseinbußen sind eigentlich auch heute noch kein Opfer (vgl. etwa <http://www.duden.de/rechtschreibung/Opfer>, abgerufen am 29.7.2016).

ziellere Rechtsbehelf ist. Dass es sich hier nicht um Geschäftsführung ohne Auftrag i.S.d. §§ 677 ff. handelt, ergibt sich schon daraus, dass derjenige, der eine eigene Pflicht erfüllen möchte, nicht mit Fremdgeschäftsführungswillen für seinen (vermeintlichen) Gläubiger handelt.¹⁵ Sieht man das (in Übereinstimmung mit einigen Entscheidungen der Rechtsprechung) anders und hält die versuchte Erfüllung einer Pflicht durch den Schuldner für die Führung eines für diesen auch fremden, nämlich die Interessensphäre des Gläubigers betreffenden Geschäfts mit Fremdgeschäftsführungswillen,¹⁶ wird man Ansprüche aus Geschäftsführung dennoch verneinen, da B zu einer Zahlung an C, wenn auch nur in Höhe von 10 €, durch den Auftrag verpflichtet ist, also nicht ohne Auftrag handelt. Die Unterscheidung zwischen berechtigter und nicht berechtigter Geschäftsführung in §§ 683 f. differenziert danach, ob die Übernahme der Geschäftsführung Interesse und Willen des Geschäftsherrn entspricht oder nicht. Das bedeutet, dass dort, wo ein Beauftragter lediglich vertragswidrig handelt, nicht auf die §§ 677 ff. zurückgegriffen werden kann, weil die maßgebliche Übernahme des Geschäfts, also die Ausführung des Auftrags überhaupt, durch den Auftrag gedeckt ist.

cc) Leistungskondition gemäß § 812 I 1 Var. 1

A könnte etwas, nämlich Befreiung von seiner Kaufpreisschuld, durch Leistung des B und ohne Rechtsgrund erlangt haben.

Durch die Übereignung des Geldscheins von B an C ist A von seiner Kaufpreisschuld aus § 433 II gemäß § 362 I in voller Höhe (von 20 €) befreit worden, denn durch seinen (weisungswidrig handelnden) Erfüllungsgehilfen hat A an C 20 € geleistet (vgl. oben 1 b).

Diese Befreiung hat A durch Leistung des B erlangt, denn B wollte dem A bei der Erfüllung Hilfe leisten und dadurch dessen Vermögen mehren, um seinerseits seinen Pflichten aus dem Auftrag nachzukommen. Dass B die ebenfalls angestrebte Befreiung von seiner Darlehensschuld mangels Zustimmung des A teilweise nicht erreicht (oben b), führt nicht dazu, dass B nicht an A geleistet hat.¹⁷

¹⁵ Looschelders, Schuldrecht Besonderer Teil, 11. Auflage 2016, Rn. 853; Staake, Gesetzliche Schuldverhältnisse, 2014, § 15, Rn. 33–35; Althammer, Schuldrecht III, 2015, Rn. 50–52.

¹⁶ Vgl. zum Meinungsstand Medicus/Petersen, Bürgerliches Recht, 25. Auflage 2015, Rn. 410 ff.

¹⁷ Gegen eine Leistung des Angewiesenen an den Anweisenden, wenn dessen Zustimmung zur Zuwendung an den Empfänger fehlt, aber Reuter/Martinek, Ungerechtfertigte Bereicherung, 2. Teilband, 2. Auflage 2016, S. 7 f., 72 f.; Omlor, JM 2014, 315, 317; im Ergebnis übereinstimmend gegen eine Leistung Staudinger/Omlor, § 675z,

Ein Rechtsgrund für die Leistung des B könnte sich aus dem Auftrag ergeben. B war aber aufgrund der nachträglichen Weisung des A nur zur Zahlung von 10 € an C verpflichtet. Für die Leistung einer darüber hinausgehenden Schuldbefreiung fehlt eine causa.

Die damit gegebene Leistungskondition wird auch nicht durch § 814 Var. 1 ausgeschlossen, denn B wusste zur Zeit der Zahlung aufgrund seiner Vergesslichkeit nicht mehr, dass er insoweit nicht verpflichtet war.

Eine Schuldbefreiung kann als solche nicht herausgegeben werden. A schuldet deshalb nach § 818 II Var. 1 Wertersatz für die erlangte Befreiung. Der Wert der Befreiung ist hier mit dem Nominalwert der getilgten Forderung gleichzusetzen, denn dem Sachverhalt sind keine Anhaltspunkte dafür zu entnehmen, dass die Kaufpreisforderung der C einredebehaftet oder aus anderen Gründen nicht werthaltig sein könnte. Insbesondere stand A die Einrede des nicht erfüllten gegenseitigen Vertrages aus § 320 nicht mehr zu, denn C hat ihre Pflichten als Verkäuferin mit Übergabe und Übereignung des verkauften Buches schon erfüllt.

dd) Weitere Aufrechnungsvoraussetzungen

Die Kondition des B ist fällig, die Darlehensforderung des A erfüllbar (und zusätzlich fällig, was bedeutet, dass auch A aufrechnen kann), so dass auch die übrigen Voraussetzungen des § 387 vorliegen.

d) Ergebnis

B und A können ihre wechselseitigen fälligen Geldforderungen in Höhe von 10 € aus Darlehen bzw. *condictio*

Rn. 6, Bearbeitung 2012; Looschelders, Schuldrecht Besonderer Teil, 10. Auflage 2015, Rn. 1154 (vgl. aber jetzt 11. Auflage 2016, Rn. 1153 und 1154a: »In diesen Fällen sollte der Bank ein Erstattungsanspruch gegen den Kontoinhaber aus § 812 I 1 Alt. 1 zustehen. ... Eine Leistungskondition der Bank gegen den Kontoinhaber scheitert daran, dass ein Zahlungsvorgang ohne die notwendige Autorisierung nicht als Leistung der Bank an den Kontoinhaber angesehen werden kann.«); Althammer, Schuldrecht III, 2015, Rn. 579. Für eine Leistung des eine Anweisung fehlerhaft Ausführenden an den Anweisenden (unter verschiedenen Voraussetzungen) Wandt, Gesetzliche Schuldverhältnisse, 7. Auflage 2015, § 13, Rn. 43; Kiehle, JURA 2009, 604, 609, mwN in Fn. 48 ff.; Thomale, Leistung als Freiheit, 2012, S. 309 ff.; Müller, WM 2016, 809; Danwerth, ZJS 2013, 225, 227, 229; Schnauder, Grundfragen zur Leistungskondition bei Drittbeziehungen, 1981, S. 148 f.; Schnauder, JZ 2016, 603, 612; abgesehen von den Auswirkungen des § 675 u auch Buck-Heeb, Examens-Repetitorium Besonderes Schuldrecht 2, 5. Auflage 2015, Rn. 475; Kropf, WM 2016, 67, 69, 71 f.

indebiti gegeneinander aufrechnen. Macht einer der Beteiligten von seinem Aufrechnungsrecht Gebrauch, erlischt damit nach § 389 auch die hier zu beurteilende Restdarlehensforderung des A.

4. Anspruch des A gegen B auf Schadensersatz gemäß § 280 I wegen schuldhafter Verletzung der Pflichten aus dem Auftrag

A verlangt von B auch wegen Missachtung seiner Anweisungen 10 €. Ein solcher Anspruch könnte als Schadensersatzanspruch gemäß § 280 I begründet sein. B hat als Beauftragter und damit Schuldner seine Pflicht aus dem Auftrag zur weisungsgemäßen Ausführung des Auftrags verletzt. Er hat die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht gelassen und damit nach § 276 II fahrlässig gehandelt, indem er die ihm erteilte Weisung vergessen und infolgedessen ihr zuwider gehandelt hat, so dass er die Pflichtverletzung gemäß § 276 I 1 auch zu vertreten hat.

A müsste weiterhin durch die Pflichtverletzung ein ersatzfähiger Schaden entstanden sein. Jedenfalls ein materieller Schaden ist indes nicht zu erkennen, denn C hatte einen durchsetzbaren Zahlungsanspruch auch in Höhe der weisungswidrig erfolgten Zahlung von 10 €, an dessen Stelle nun die Leistungskondition des B in selber Höhe tritt. Das Vermögen des A ist in Summe also im selben Zustand wie bei pflichtgemäßer Auftragsausführung durch B.

Ein Schadensersatzanspruch besteht mangels ersatzfähigen Schadens nicht.

II. Abwandlung: Anspruch der B2 gegen C aus § 812 I 1 Var. 2

1. Etwas erlangt

C hat etwas, nämlich die Gutschrift auf ihrem Konto, erlangt.

2. In sonstiger Weise

a) Keine Leistung der B2

B2 hat das Vermögen der C nicht zweckgerichtet gemehrt, denn sie wollte lediglich ihren Pflichten aus dem Vertragsverhältnis mit A (vgl. etwa § 675 S. 1) diesem gegenüber nachkommen. C kann auch gar nicht erkennen, welche Bank auf Seiten des Schuldners A an der Überweisung beteiligt war, denn das wird dem Kontoinhaber anlässlich der Gutschrift auf dem Konto bei seiner Bank (hier der D) nicht mitgeteilt (vgl. Art. 248 § 8 EGBGB). Eine Leistung der B2 an C hat nicht stattgefunden.

B2 kann die Zuwendung an C möglicherweise aber nachträglich durch eine eigene Drittschuldtilgungserklärung gemäß § 267 zu einer eigenen Leistung machen. Der Empfänger muss jedoch davor geschützt werden, dass dieselbe Zuwendung zwei Personen als Leistenden zugerechnet wird, da er andernfalls sogar zwei Leistungskonditionen ausgesetzt sein könnte. Jedenfalls solange wie eine Leistung des A an C zu bejahen ist, kann B2 dieselbe Zuwendung nicht wirksam nachträglich zu einer eigenen Leistung erklären. Die generelle Möglichkeit einer nachträglichen Tilgungsbestimmung braucht hier also ungeachtet aller Bedenken, die gegen sie bestehen,¹⁸ nicht diskutiert zu werden, sofern eine Leistung des A vorliegt, was nun zu prüfen (und im Ergebnis zu bejahen) ist.

b) Leistung des A?

Fraglich ist, ob C die Gutschrift durch Leistung des A erhalten hat und ob eine solche Leistung durch einen Dritten eine Nichtleistungskondition der B2 gegen C ausschließt.

¹⁸ Gegen eine nachträgliche eigene Tilgungsbestimmung eines Angewiesenen Thomale, Leistung als Freiheit, 2012, S. 307, der S. 382ff. auch eine nachträgliche Tilgungsbestimmung gemäß § 267 durch denjenigen, der zunächst selbst auf eine vermeintlich eigene, tatsächlich aber fremde Schuld geleistet hat, ablehnt. Vgl. allgemein kritisch zur nachträglichen Tilgungsbestimmung MünchKommBGB/Schwab, § 812, Rn. 230, 6. Auflage 2013; Medicus/Petersen, Bürgerliches Recht, 25. Auflage 2015, Rn. 951; einschränkend zur Zulässigkeit auch Loo-schelders, Schuldrecht Besonderer Teil, 11. Auflage 2016, Rn. 1103. Sehr weitgehend für die Zulässigkeit BeckOKBGB/Wendehorst, § 812, Rn. 249 (Stand 1.5.2016): eine nachträgliche Tilgungsbestimmung ist gemäß § 267 II nur dann unwirksam, wenn ihr Schuldner und Gläubiger widersprechen.

aa) Beurteilung der Leistung unabhängig von §§ 675j, 675u

A hat C versprochen, ihr bis zum 2.7. 20€ zu überweisen. C sind tatsächlich aufgrund des Handelns der B2 als Erfüllungsgehilfin des A 20€ gutgeschrieben worden. A hat nach allgemeinem Leistungsrecht somit durch seine wirksame antizipierte Tilgungsbestimmung die Zuwendung seiner Erfüllungsgehilfin B2 an C zu seiner Leistung gemacht.

Auf die Botenmacht der B2 zur Überbringung einer Tilgungsbestimmung und auf deren möglichen Widerruf kommt es dabei aufgrund der von A der C unmittelbar erklärten Tilgungsbestimmung nicht an. Sollte man eine antizipierte Tilgungsbestimmung für unbeachtlich halten, müsste sich A den Übermittlungsfehler seiner Erklärungsbotin, die eine Tilgungsbestimmung über 20€ und nicht nur weisungsgemäß über 10€ überbringt, nach § 120 zu rechnen lassen.¹⁹ Indem A schweigt, hat er die Möglichkeit, diese Erklärung fristgerecht, nämlich unverzüglich nach § 121 I 1 anzufechten, versäumt. Der BGH und die h.M. kamen bis 2015 mittels unklarer Zurechnungskriterien²⁰ wie Veranlassung der Zuvielüberweisung²¹ oder im Einzelnen nicht genauer begründeter Analogie zu §§ 170 ff.²² ebenfalls zu dem Ergebnis, derjenige, dessen Bank weisungswidrig zu viel überwiesen hat, habe den gesamten Betrag an den Empfänger geleistet, so dass eine Nichtleistungskondition der Bank gegen den Empfänger ausgeschlossen sei.

bb) Auswirkungen der §§ 675j, 675u

Wie die von B2 mandatierte R andeutet, hält der BGH unter Berufung insbesondere auf §§ 675j und 675u die bisherige Lösung der Fälle fehlerhaft ausgeführter Bankanweisungen allerdings seit 2015 für überholt.²³ Aus §§ 675j und

675u ergebe sich, dass eine nicht autorisierte Zahlung dem Zahler nicht als Leistung zugerechnet werden könne.²⁴ Teile der Literatur haben bereits seit 2010 ähnliche Gedanken geäußert,²⁵ die nach dem Urteil des BGH weitere Anhänger gefunden haben.²⁶ Es ist also zu prüfen, ob die Zahlung an C von A nicht autorisiert war und ob die §§ 675j ff. eine im Verhältnis zum allgemeinen Leistungsrecht des Erfüllungs- und Bereicherungsrechts vorrangige Spezialregelung darstellen.

Nach § 675j I ist ein Zahlungsvorgang autorisiert, wenn der Zahler ihm zugestimmt hat. A hatte mit der Terminüberweisung in die Zahlung von 20€ eingewilligt und damit i. S. d. § 675j I 1 und 2 zugestimmt. Er könnte seine Einwilligung aber durch Erklärung gegenüber B2 als Zahlungsdienstleisterin gemäß § 675j II 1 in Höhe von 10€ widerrufen haben. Ein solcher Widerruf ist nur in den Grenzen des § 675p möglich. A und B2 hatten den 1.7. als Termin für die Ausführung des Zahlungsvorgangs vereinbart, denn an die Vereinbarung dürfen keine hohen Anforderungen gestellt werden; vielmehr dürfte es generell genügen, dass der Zahler die Ausführung seines Zahlungsauftrags erst zu einem bestimmten Termin wünscht und

möglichen Auswirkungen auf das Bereicherungsrecht verständlich auseinandersetzt. Natürlich werden ihm Vorkenntnisse insoweit wohl kaum schaden, sondern eher nützen.

²⁴ BGHZ 205, 377, 385 ff. = BGH NJW 2015, 3093, 3094 f. = JK 2016, 324 (Röthel).

²⁵ Erstmals wohl Belling/Belling, JZ 2010, 708, 709 ff. Vgl. im Übrigen die Nachweise im Urteil des BGH, die im Abdruck in der amtlichen Sammlung allerdings fehlen, weil Rn. 21 dort mit »For-« unvermittelt abbricht (BGHZ 205, 377, 384 unten), bevor die Belege für die vom BGH geteilte Auffassung einsetzen; vollständigerer Abdruck insoweit z. B. in BGH NJW 2015, 3093, 3094, und online in der »Entscheidungsdatenbank des Bundesgerichtshofs« unter <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&sid=0a47ef39911bae81b2a277e01a3138d0&nr=71969&pos=0&anz=1> (abgerufen am 29.7.2016), wo die in BGHZ nicht veröffentlichte Passage mit »Fornasier« eingesetzt. Die Lieblosigkeit, mit der in der Entscheidung Sprache verwendet wird, überrascht im Übrigen kaum weniger als dieser Satzfehler, vgl. etwa BGHZ 205, 377, 384, Rn. 19: »Der vorliegende Sachverhalt fällt unter diese Ausnahmekonstellation, weil sowohl die Stornierungsvereinbarung dem des Widerrufs bzw. der Kündigung gleichgestellt ist als auch der Fall der Zuvielüberweisung gegeben ist.« Rn. 21: »Ob diese – maßgeblich auf Veranlasser- und Rechtsscheinhaftung abstellende – Ausnahme ... fortgelten, ...«

²⁶ So Tonner/Krüger, Bankrecht, 2. Auflage 2016, § 13, Rn. 54, die ihre bisherige Auffassung (1. Auflage 2014, § 13, Rn. 52 ff.) nach dem Urteil des BGH aufgegeben haben; Looschelders, Schuldrecht Besonderer Teil, 11. Auflage 2016, Rn. 1154 a (zweifeln), abweichend von 10. Auflage 2015, Rn. 1154 a; wohl auch Röthel JK 2016, 324, die sich jedenfalls in Schuldrecht BT/2, 2. Auflage 2012, Kapitel 3, Rn. 188 ff. noch ohne Erwähnung der §§ 675j, 675u nicht für eine Direktkondition der Bank gegen den Empfänger ausspricht.

¹⁹ Kiehle, JURA 2012, 895, 895 f., mwN; Müller, WM 2016, 809, 813 f.; jetzt möglicherweise auch Jansen, JZ 2015, 952, 955 f.; dagegen NK/von Sachsen Gessaphe, § 812, Rn. 155 f., 3. Auflage 2016; Münch-KommBGB/Schwab, § 812, Rn. 90, 6. Auflage 2013.

²⁰ Zur Kritik an diesen vagen Zurechnungskriterien Kiehle, VersR 2008, 1606, 1608 ff.; jetzt auch Jansen, JZ 2015, 952, 955 f.

²¹ BGHZ 176, 234.

²² NK/von Sachsen Gessaphe, § 812, Rn. 155 ff. mwN, 3. Auflage 2016.

²³ Vorkenntnisse zu §§ 675c ff. dürfen von Studenten vernünftigerweise nicht erwartet werden und eine Reproduktion auswendig zu lernender Entscheidungen der Rechtsprechung oder Literaturansichten ist keine Leistung, die es dem Prüfer erlaubt, die juristischen Fähigkeiten des Kandidaten zu bewerten, weshalb man auch die Kenntnis konkreter BGB-Urteile oder Streitstände nicht voraussetzen darf. Aufgrund der Bearbeitungshinweise ist aber zu erwarten, dass sich der Klausurschreiber mit den genannten Vorschriften und ihren

dies dem Zahlungsdienstleister bei Erteilung des Auftrags mitteilt, da dessen Schweigen sein Einverständnis nach dem objektiven Empfängerhorizont zum Ausdruck bringt und die Erklärung nach § 151 S. 1 Var. 1 dem Zahler nicht zuzugehen braucht. Bis zum Ende des Geschäftstags vor dem 1.7. konnte A seine Autorisierung somit gemäß § 675 p III i. V. m. 675j II 1 widerrufen, was er durch die Erklärung gegenüber B2 vom 22.6. in Höhe von 10 € rechtzeitig getan hat. Für die Überweisung in der 10 € überschreitenden Höhe fehlte es daher nach dem bisher Gesagten an der Autorisierung durch A.

Eine solche Autorisierung könnte eventuell jedoch in der Ankündigung der Überweisung gegenüber C gesehen werden.²⁷ Wenn von einer analogen Anwendung der §§ 182 ff. und damit an sich auch des § 182 I die Rede ist,²⁸ könnte damit durchaus auch gemeint sein, dass eine Autorisierung durch Erklärung gegenüber dem Zahlungsempfänger erteilt werden kann, etwa bei sogenannten SEPA-Mandaten.²⁹ Dafür spricht, dass auch die Zustimmung des Gläubigers zur befreienden Leistung an einen Dritten gemäß § 362 II i. V. m. § 185 nach § 182 I sowohl dem Schuldner als auch dem Dritten gegenüber erklärt werden kann.³⁰ Da die Autorisierung vor allem Voraussetzung für den Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters ist (vgl. § 675u), ähneln sie und die Zustimmung gemäß § 362 II sich nämlich insofern, als beide darüber entscheiden, ob das Vermögen des Gläubigers bzw. Zahlers durch die Zuwendung des Schuldners bzw. Zahlungsdienstleisters durch Verlust der Forderung bzw. Entstehung einer Aufwendungsersatzverbindlichkeit verringert wird. Die nach § 675j I 3 maßgeblichen Vereinbarungen über Art und Weise der Zustimmung zwischen Zahler und Zahlungsdienstleister sehen eine solche Art der Autorisierung in der Regel jedoch eben wenn überhaupt nur in Form eines schriftlichen »Mandats« vor.³¹ Zudem wird die An-

sicht vertreten, die Autorisierung müsse stets gegenüber dem Zahlungsdienstleister erklärt werden, wobei sich der Zahler des Zahlungsempfängers als Erklärungsboten bedienen könne.³² A hat der C jedoch weder ein schriftliches Mandat erteilt noch hat C eine darin enthaltene Autorisierung an B2 weitergeleitet. Sollte man allerdings eine Autorisierung gegenüber dem Zahlungsempfänger ausreichen lassen und sollte im Fall ausnahmsweise einmal keine Schriftform vereinbart sein, müssten weiter die Folgen des Widerrufs gegenüber B2 für die dann durch Erklärung gegenüber C begründete Autorisierung geprüft werden. Der Widerruf gegenüber B2 führt prinzipiell zum Wegfall der Autorisierung, jedoch ist eine Analogie zu § 170 zu erwägen, obwohl der Widerruf (anders als der Widerruf einer Einwilligung nach § 183) nach § 675j II 1 nur dem Zahlungsdienstleister erklärt werden kann.³³ Eine solche analoge Anwendung der §§ 170 ff. auf Zustimmungen i. S. d. § 182 ff. wird oft bejaht.³⁴ Es ist nicht ersichtlich, weshalb für die Autorisierung etwas anderes gelten sollte. Da der Rechtsschein einer fortbestehenden Autorisierung hier der Zahlungsdienstleisterin zugutekommen soll, indem sie ihren Aufwendungsersatzanspruch nicht nach § 675u verlieren würde, kann eine Analogie zu §§ 170, 173 aber nicht weiterhelfen, denn nach § 170 bliebe die Autorisierung ja nur zugunsten des ursprünglichen Erklärungsempfängers, also der C wirksam.

Eine Autorisierung des Zahlungsvorgangs durch A ist bei seiner Ausführung nicht mehr gegeben.

schriften des Zahlungsempfängers. Das Mandat ist schriftlich oder in der mit seiner Bank vereinbarten Art und Weise zu erteilen.«

32 BeckOGK/Köndgen, § 675j, Rn. 44 f. (Stand 15.6.2016); BeckOGK/Zahrte, § 675p, Rn. 36 (Stand 9.3.2016); vgl. zur Erklärungsbotenkonstruktion auch BeckOGK/Looschelders, § 362, Rn. 174 (Stand 1.7.2016); BGHZ 186, 269, 277 f., Rn. 17; Brauns, Die SEPA-Lastschrift, 2015, S. 68 f.; v. Olshausen, Die SEPA-Lastschrift: Erfüllung – Aufrechnung – Insolvenz, 2015, S. 54 ff.

33 Eine Analogie zu § 171 bei Widerruf nur gegenüber dem Zahlungsempfänger befürwortet BeckOGK/Köndgen, § 675j, Rn. 80 (Stand 15.6.2016). Zum richtigen Adressaten des Widerrufs vgl. BeckOGK/Köndgen, § 675j, Rn. 73, 80 (Stand 15.6.2016); BeckOGK/Zahrte, § 675p, Rn. 12 (Stand 9.3.2016). A. A. oder sehr missverständlich 2.2.3. der Bedingungen für Zahlungen mittels Lastschrift im SEPA-Basislastschriftverfahren (https://bankenverband.de/media/file/SEPA-Basis-LS-Bdg-48007_0214a.pdf, abgerufen am 29.7.2016; abgedruckt z. B. auch bei Bunte, AGB-Banken, 4. Auflage 2015, S. 635, 638): »Das SEPA-Lastschriftmandat kann vom Kunden durch Erklärung gegenüber dem Zahlungsempfänger oder seiner Bank – möglichst schriftlich – mit der Folge widerrufen werden, dass nachfolgende Zahlungsvorgänge nicht mehr autorisiert sind.« Ähnlich (unklar) Brauns, Die SEPA-Lastschrift, 2015, S. 73 ff.

34 MünchKommBGB/Bayreuther, § 182, Rn. 15, 7. Auflage 2015; BeckOGK/Regenfus, § 182, Rn. 136 (Stand 1.7.2016).

27 Die Ausführungen in diesem Abschnitt (also bis zur denkbaren Analogie zu § 170) können von Studenten in der Klausur nicht erwartet werden; sie dienen lediglich der Vollständigkeit des Lösungsvorschlags.

28 MünchKommBGB/Casper, § 675j, Rn. 6, 6. Auflage 2012.

29 Vgl. Langenbucher/Bliesener/Spindler/Werner, Bankrechts-Kommentar, 2. Auflage 2016, 4. Kapitel, A, Rn. 56, 58; BeckOGK/Köndgen, § 675j, Rn. 44 (Stand 15.6.2016).

30 Medicus/Lorenz, Schuldrecht I, 21. Auflage 2015, Rn. 252; BeckOGK/Looschelders, § 362, Rn. 110 (Stand 1.7.2016).

31 Vgl. 2.2.1. der Bedingungen für Zahlungen mittels Lastschrift im SEPA-Basislastschriftverfahren (https://bankenverband.de/media/file/SEPA-Basis-LS-Bdg-48007_0214a.pdf, abgerufen am 29.7.2016; abgedruckt z. B. auch bei Bunte, AGB-Banken, 4. Auflage 2015, S. 635, 637): »Erteilung des SEPA-Lastschriftmandats ... Der Kunde erteilt dem Zahlungsempfänger ein SEPA-Lastschriftmandat. Damit autorisiert er gegenüber seiner Bank die Einlösung von SEPA-Basislast-

Der XI. Zivilsenat des BGH hat entschieden, eine nicht autorisierte Zahlung könne dem Zahler unter keinen Umständen als Leistung an den Empfänger zugerechnet werden.³⁵ Wenn das zutreffen sollte, müsste man wohl dem Zahlungsdienstleister, wie vom BGH postuliert, im Falle fehlender Autorisierung stets eine Nichtleistungskondition gegen den Empfänger gewähren,³⁶ um eine rein zufällige, endgültige Bereicherung des Zahlers oder des Empfängers zu verhindern. Ohne Leistung des Zahlers kann dieser durch die Zuwendung des Zahlungsdienstleisters weder Befreiung durch Erfüllung noch im Falle einer fehlenden Verbindlichkeit im Valutaverhältnis zwischen Anweisendem und Empfänger eine Leistungskondition erlangen. Wenn der Zahler nichts erlangt hat, ist eine Kondition des Zahlungsdienstleisters gegen ihn schon deshalb ausgeschlossen. Vertragliche Ansprüche gegen ihn scheitern an § 675 u S. 1. Wirkt sich die Zuwendung somit nicht zum Nachteil des Zahlers aus, lässt sich auch nicht behaupten, der Empfänger habe sie auf seine Kosten erlangt, so dass dem Zahler auch keine Nichtleistungskondition gegen den Empfänger zuzubilligen wäre. Dass der Empfänger die Zuwendung somit stets behalten darf, ist aber ebenfalls schwerlich vertretbar. Im Ergebnis legt die Ablehnung einer Leistung des Zahlers also tatsächlich das Eingreifen der Nichtleistungskondition zugunsten des Zahlungsdienstleisters nahe.

Entscheidend ist demzufolge, ob sich aus dem Zahlungsdienstrecht ergibt, dass nicht autorisierte Zahlungen nicht als Leistungen des Zahlers anerkannt werden dürfen.

Die historische Auslegung des § 675 u zeigt, dass jedenfalls die Verfasser der Begründung des Regierungsentwurfs nicht bezweckten, bereicherungsrechtliche Ansprüche des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahler auszuschließen. § 675 u soll, wie es auch seinem Wortlaut³⁷ und seiner systematischen Stellung entspricht, lediglich einen Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahler aus §§ 675 c I, 670 ausschließen sowie dem Zahler einen vertraglichen Erstattungs-

anspruch gegen den Zahlungsdienstleister zum Ausgleich einer nicht autorisierten Zahlung gewähren.³⁸ Wenn es in der Begründung in Übereinstimmung mit § 675 z S. 1 heißt, bereicherungsrechtliche Ansprüche des Zahlers gegen den Zahlungsdienstleister sollten neben § 675 u nicht bestehen, legt das im Umkehrschluss nahe, dass mögliche Konditionen des Zahlers gegen den Empfänger und des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahler von der Neuregelung unberührt bleiben sollen, eine Änderung der bisherigen bereicherungsrechtlichen Beurteilung also nicht gewollt ist.³⁹

Bestätigt wird dieses auf die vertraglichen Beziehungen zwischen Zahlungsdienstleister und Zahler beschränkte Verständnis der §§ 675 j, 675 u und 675 z durch die Interpretation der Zahlungsdiensterichtlinie. Sie soll nämlich laut Erwägungsgrund 47 ausschließlich das Vertragsverhältnis zwischen Zahlungsdienstnutzer und Zahlungsdienstleister zum Gegenstand haben. Bezüglich gesetzlicher Schuldverhältnisse, insbesondere solchen zwischen Anweisendem und Empfänger (also im Valutaverhältnis) und zwischen Angewiesenem und Empfänger, sagen ihre Vorschriften unmittelbar nichts aus.⁴⁰

Eine »objektive«⁴¹ teleologische Interpretation der §§ 675 j, 675 u und 675 z kann an dem durch historische und systematische Auslegung gewonnenen und durch den Gesetzeswortlaut gestützten Verständnis dieser Normen nichts ändern. Auch wenn man in diesen Vorschriften Regelungen sieht, die einen (nahezu) ausnahmslosen Schutz des Zahlers bezwecken,⁴² wird dieser Zweck zudem noch

³⁵ BGHZ 205, 377, 385 ff., Rn. 22 ff.

³⁶ BGHZ 205, 377, 386, Rn. 24 a. E.

³⁷ Wenn Belling/Belling, JZ 2010, 708, 710, vom Ausschluss »sämtliche(r) Ansprüche, deren Rechtsfolge auf Aufwendungsersatz gerichtet ist, einschließlich bereicherungsrechtlicher Ansprüche« ausgehen, übersehen sie, dass Konditionen auf Herausgabe des vom Konditionsschuldner Erlangten und eben nicht auf Ersatz der Aufwendungen des Konditionsgläubigers zielen. Für Beachtung dieses Unterschieds zu Recht AG Hamburg-Harburg, BKR 2013, 393, 395, Rn. 22; Kiehnle, JURA 2012, 895, 900; dagegen Linardatos, BKR 2013, 395, 396; Staae, Gesetzliche Schuldverhältnisse, 2014, § 5, Rn. 60; BeckOKBGB/Schmalenbach, § 675 u, Rn. 4 a (Stand 1.5.2016).

³⁸ Vgl. Rademacher, NJW 2011, 2169, 2171; Langenbucher/Bliesener/Spindler/Herresthal, Bankrechts-Kommentar, 2. Auflage 2016, 5. Kapitel, § 675 u, Rn. 12b; Omlor, EWIR 2015, 595, 596; Omlor, JM 2014, 315, 319; Kiehnle, JURA 2012, 895, 900; Althammer, Schuldrecht III, 2015, Rn. 583.

³⁹ Looschelders, Schuldrecht Besonderer Teil, 10. Auflage 2015, Rn. 1154a; Kiehnle, JURA 2012, 895, 900; Danwerth, ZJS 2013, 225, 229; Omlor, JM 2014, 315, 319.

⁴⁰ Vgl. Rademacher, NJW 2011, 2169, 2171; Langenbucher/Bliesener/Spindler/Herresthal, Bankrechts-Kommentar, 2. Auflage 2016, 5. Kapitel, § 675 u, Rn. 12b; Looschelders, Schuldrecht Besonderer Teil, 10. Auflage 2015, Rn. 1154a; Jansen, JZ 2015, 952, 954; Omlor, JM 2014, 315, 318 f.; Schnauder, JZ 2016, 603, 609; Kiehnle, JURA 2012, 895, 900 f.; Danwerth, ZJS 2013, 225, 230. Durch die neue, zweite Zahlungsdiensterichtlinie (EU) 2015/2366 ändert sich insoweit ab 2018 nichts, vgl. Erwägungsgrund 87 (entspricht dem oben in den Bearbeitungshinweisen abgedruckten Erwägungsgrund 47 der bisherigen, ersten Zahlungsdiensterichtlinie) und Omlor, ZIP 2016, 558, 563.

⁴¹ Vgl. zu Recht mahnend Schnauder, JZ 2016, 603, 604: »In Wirklichkeit ist der dem historischen Gesetzgeber entgegengesetzte objektive ‚Wille‘ des Gesetzes oft nichts anderes als der Wille des Rechtsanwenders selbst.«

⁴² Das halten für entscheidend z. B. Langenbucher/Bliesener/Spindler/Langenbucher, Bankrechts-Kommentar, 2. Auflage 2016, 3. Kapi-

nicht einmal beeinträchtigt, wenn man eine Leistung des Zahlers an den Empfänger bejaht, sofern dafür die allgemeinen leistungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen, denn gegen eine dann mögliche Kondiktion des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahler wird letzterer hinreichend geschützt. Da er nur Herausgabe des Erlangten schuldet, ist er im Falle seiner Befreiung von einer im Valutaverhältnis bestehenden Schuld nur zum Wertersatz nach § 818 II Var. 1 verpflichtet. Hat er mangels Bestehens einer Verbindlichkeit lediglich eine Leistungskondiktion erlangt, ist er nur zu deren Abtretung verpflichtet. Zudem ist er analog § 404 gegen die Kondiktion des Zahlungsdienstleisters wie gegen die Forderung aus dem Valutaverhältnis geschützt.⁴³

Das Inkrafttreten der §§ 675j, 675u und 675z hat an der bereicherungsrechtlichen Beurteilung des Valutaverhältnisses und des Verhältnisses zwischen Angewiesenem und Empfänger nichts geändert.

Ein einmaliges Urteil des Bundesgerichtshofs führt keine Rechtsänderung herbei.⁴⁴ Von einer möglicherweise irgendwann bindenden richterlichen Rechtsfortbildung kann keine Rede sein,⁴⁵ solange diese nicht als solche

begründet, sondern als schlichte Anwendung geänderten Rechts ausgegeben wird.⁴⁶ Von den Voraussetzungen einer gewohnheitsrechtlichen Anerkennung einer Direktkondiktion des nicht autorisierten Zahlungsdienstleisters gegen den Empfänger (langjährige Übung und Rechtsüberzeugung) ist ganz offensichtlich keine einzige erfüllt.

A hat durch seine Erfüllungsgehilfin B2 20 € an C geleistet.

c) Subsidiarität der Nichtleistungskondiktion gegenüber Leistungen?

Die Leistung durch A schließt ein Erlangen durch C in sonstiger Weise auf Kosten der B2 nicht aus. Insofern gelten dieselben Überlegungen wie zur Nichtleistungskondiktion des B im Grundfall (oben I 2 a).

tel, § 675u, Rn. 23; Langenbucher in FS Köndgen, 2016, S. 383, 393 ff.; MünchKommBGB/Casper, § 675u, Rn. 22, 24, 6. Auflage 2012; dagegen Reuter/Martinek, Ungerechtfertigte Bereicherung, 2. Teilband, 2. Auflage 2016, S. 80 f.

⁴³ Reuter/Martinek, Ungerechtfertigte Bereicherung, 2. Teilband, 2. Auflage 2016, S. 81 f., 85; Kiehne, JURA 2012, 895, 901.

⁴⁴ Missglückt daher die Formulierung von Jansen, JZ 2015, 952, 955: »Die frühere Rechtslage war jedenfalls für die Beteiligten insgesamt deutlich glücklicher.« Völlig unberührt von BGHZ 205, 377 hingegen NK/Beesch, § 675u, Rn. 1, 3. Auflage 2016: es »spricht nichts für die Annahme, die bisher für Anweisungen geltenden bereicherungsrechtlichen Grundsätze seien durch das neue Zahlungsdienstrecht abgeschafft worden«; von der abweichenden Entscheidung des BGH erfährt man in Fn. 5 inmitten zahlloser anderer Nachweise pro und contra.

⁴⁵ Anders Schnauder, JZ 2016, 603, 604, 612; vielleicht auch Jansen, JZ 2015, 952, 953: »In der Entscheidung, die Bank für ihren Rückgriff auf den Zahlungsempfänger zu verweisen, mag man eine dogmatisch letztlich plausible Rechtsfortbildung sehen.« Allerdings fährt Jansen sogleich fort: »Die Vorschriften des § 675 u BGB tragen zu dieser Frage allerdings nichts bei; vielmehr ergibt sich dieses Ergebnis bereits aus dem bisherigen Recht.« Wo sich die Lösung aus dem bisherigen Recht ergibt, wird das Recht schwerlich fortgebildet. Dennoch heißt es wiederum anschließend, dass der BGH »seine rechtspolitisch nicht unproblematische Entscheidung verfehlt als Umsetzung einer neuen Norm (präsentiert) und ... damit die eigene Verantwortlichkeit für das neue Recht (verschleierte)«. Welches neue Recht, wo es sich doch nur um richtige Anwendung des bisherigen Rechts handeln soll? Vgl. weiter S. 954: »Es scheint also, als habe der Senat nicht recht die Verantwortung für seine Rechtsfortbildung übernehmen wollen. ... Gerichte sollten nicht die ohnehin schwer zu ziehende Grenze zwischen der Umsetzung gesetzgeberischer Entscheidungen und der

eigenen rechtspolitisch zu verantwortenden Rechtsfortbildung zu kaschieren versuchen.« Der (wenn auch erst vorsichtige) Ruf nach einer Korrektur der Rechtsprechung durch den Gesetzgeber (S. 956: »In jedem Fall wird der Gesetzgeber zu beobachten haben, wie die Neuausrichtung der Rückabwicklung in der Praxis funktioniert ...) ist m. E. verfrüht, jedenfalls solange, wie noch Hoffnung auf eine richtige Anwendung des geltenden Rechts besteht.

⁴⁶ Vgl. Langenbucher/Bliesener/Spindler/Herresthal, Bankrechts-Kommentar, 2. Auflage 2016, 5. Kapitel, § 675u, Rn. 12c: »Der BGH hat ... mit großen Worten ... und sehr dünner Begründung ...« »die Erkenntnisse der Dogmatik substantiell zurückgedreht«. »Dies findet im Gesetz, seiner Genese und Systematik ... keine Grundlage. Schließlich steht auch die contra-legen-Grenze im Raum ...« Reuter/Martinek, Ungerechtfertigte Bereicherung, 2. Teilband, 2. Auflage 2016, S. 82 f.: Die Lösung des BGH »setzt den von ihm bisher weder versuchten noch geführten Nachweis voraus, dass die §§ 675j, 675u BGB selbst die bloße Verpflichtung des A aus Rückgriffskondiktion verhindern wollen. Nach dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte der Vorschriften dürfte dieser Nachweis kaum gelingen.« Schnauder, JZ 2016, 603, 607: »Den über 15 Jahre für richtig gehaltenen Vertrauensschutz des Empfängers beseitigt der Senat jetzt durch einen gleichsam mit leichter Hand gezogenen kurzen Federstrich.« Schnauders Formulierung erinnert an den im Sachverhalt zitierten Satz Kirchmanns, der mit oder ohne (angebliche) Fundstelle gerne auch so wiedergegeben wird: »Ein Federstrich des Gesetzgebers, und Bibliotheken werden Makulatur.« So etwa 1925 Radbruch (Der Staat als Gesetzgeber, leicht zugänglich in der Gesamtausgabe, hrsg. von Kaufmann, Band 13, 1993, S. 121, mit Nachweis der Erstveröffentlichung S. 293 und Beleg des anders lautenden Originalsatzes Kirchmanns S. 294) und 2012 Adomeit/Hähnchen (Rechtstheorie für Studenten, 6. Auflage, Rn. 10, Fn. 7); aufschlussreiche Nachweise zu vielen weiteren Fehlzitierten oder bewussten Modifikationen (wo statt des Gesetzgebers ein Gericht oder die rechtswissenschaftliche Literatur berichtigende Worte sprechen oder Federstriche ziehen) bei Sendler in FS zum 125jährigen Bestehen der Juristischen Gesellschaft zu Berlin, 1984, S. 753, 756, Fn. 15, S. 764.

3. Auf Kosten der B2

Mangels Autorisierung kann B2 wegen der Zuwendung an C gegen A allenfalls mit einer Kondition vorgehen, um den Vermögensverlust durch die Zuwendung auszugleichen. Die Bereicherung der C ist in der Abwandlung genauso auf Kosten der B2 erfolgt wie im Grundfall auf Kosten des B, der ihm zugewiesenes Eigentum übereignet hat.⁴⁷

4. Ohne Rechtsgrund

Wenn die durch B2 erbrachte Zuwendung dem A als Leistung zugerechnet wird, muss die Abwandlung wie schon der Grundfall wie eine gedachte Zahlungskette (Zahlung von B2 an A, Zahlung von A an C) gelöst werden. Die dem A zuzurechnende Zuwendung ist im Verhältnis zwischen B2 und C mit Rechtsgrund erfolgt.

Nur dieses Ergebnis ist auch interessengerecht. C darf auf die wirksame Tilgungsbestimmung des A und die durch dessen Erfüllungsgehilfin B2 bewirkte Gutschrift vertrauen. Sie muss nicht mit einer Kondition seitens der ihr völlig unbekannten Bank rechnen. Ihr ist nicht zuzumuten, ihre Kaufpreisforderung noch einmal gegen A geltend zu machen.

Eine unterschiedliche Lösung des Grundfalls und der Abwandlung müsste geradezu willkürlich erscheinen;⁴⁸ da

⁴⁷ Vgl. zum Tatbestandsmerkmal »auf Kosten« in Anweisungsfällen Kiehnle, JURA 2009, 604, 612, Fn. 83; allgemeiner Larenz/Canaris, Lehrbuch des Schuldrechts, Zweiter Band, 2. Halbband, 13. Auflage 1994, S. 189, lit. b.

⁴⁸ Vgl. Müller, WM 2016, 809, 814 f. Sehr gelassen dagegen Münch-KommBGB/Casper, § 675u, Rn. 24, 6. Auflage 2012: die gegensätzlichen Lösungen von Anweisungsfällen innerhalb und außerhalb des Zahlungsdienstrechts »mag man für uneinheitlich halten«. Für eine Lösung aller Anweisungsfälle mittels einer Direktkondition des nicht wirksam oder nicht so angewiesenen Zuwendenden Staahe, Gesetzliche Schuldverhältnisse, 2014, § 5, Rn. 61 f.: »Auch ist nicht einsichtig, wieso die vom Gesetzgeber in § 675 u BGB getroffene Wertung nicht auch in anderen Anweisungsfällen gelten soll.« Gabe es

das Zahlungsdienstrecht für den Grundfall keine Rolle spielt, sprechen sehr gewichtige Gründe der Systemgerechtigkeit dafür, das Zahlungsdienstrecht, soweit im Rahmen der Auslegung möglich, auch nicht zur Grundlage bereicherungsrechtlicher Besonderheiten zu machen.⁴⁹ Eine konsistente Vereinfachung der Beurteilung bereicherungsrechtlicher Mehrpersonenverhältnisse⁵⁰ oder mehr Rechtssicherheit⁵¹ sind mit der abzulehnenden Lösung des BGH auch wegen dieser drohenden Wertungswidersprüche nicht zu erreichen.⁵²

5. Ergebnis

B2 hat keine Ansprüche gegen C.

eine solche Wertung, müsste aber nicht die Nichtanwendung auf nicht geregelte Fälle, sondern die analoge Anwendung auf solche begründet werden. Vorsichtig dahin tendierend Erman/Buck-Heeb, § 812, Rn. 22g, 14. Auflage 2014.

⁴⁹ Vgl. Rademacher, NJW 2011, 2169, 2172; Langenbucher/Bliesener/Spindler/Herresthal, Bankrechts-Kommentar, 2. Auflage 2016, 5. Kapitel, § 675u, Rn. 12b; Kiehnle, JURA 2012, 895, 901.

⁵⁰ Vgl. zur von der Zahlungsdienstrichtlinie »gewollte(n) Vereinfachung ... des ... Zahlungsverkehrs«, die gegen eine differenzierte Lösung verschiedener Konstellationen fehlerhaft ausgeführter oder fehlender Bankanweisungen spreche, Medicus/Petersen, Bürgerliches Recht, 25. Auflage 2015, Rn. 677a. Euphorisch Belling/Belling, JZ 2010, 708, 711: »Die Kunst der Einfachheit führt zur Vollendung – auch im Bereicherungsrecht.« Dagegen Kiehnle, JURA 2012, 895, 901. Vgl. Hadding, WuB 2015, 488, 491: »eine differenzierende Betrachtung« sei »eher ‚gerecht‘ als eine gleichsetzende Verallgemeinerung«. ⁵¹ Wösthoff, BB 2015, 2068; v. Bargen/Thelen, GWR 2015, 397, 400, trotz Kritik am Urteil (399 f.): »Mit seiner Rspr.-Änderung räumt der BGH dem neuen Zahlungsdienstrecht im Bereicherungsrecht einen Platz ein, den es nach überzeugender Ansicht nicht verdient.«; Lorenz LMK 2015, 373997, Nr. 3, trotz Kritik an der Begründung (Nr. 2).

⁵² Vgl. Schnauder, JZ 2016, 603, 612: »Mit dem im Überweisungsverkehr eingeschlagenen Sonderweg hat er [der BGH] ... die ohnehin komplizierten Regeln des Bereicherungsausgleichs in Anweisungslagen aufgespalten und weiter kompliziert.«